

IMK KOMMENTAR

Nr. 13 · März 2025 · Hans-Böckler-Stiftung

EINE LOCKERUNG DER SCHULDEN- BREMSE NUR FÜR VERTEIDIGUNG WÄRE ÖKONOMISCH FALSCH

Sebastian Dullien

Angesichts der veränderten geopolitischen Lage wird derzeit diskutiert, durch eine Änderung des Grundgesetzes schnell mehr Verschuldungsspielraum für höhere Verteidigungsausgaben zu schaffen, ohne zugleich mehr öffentliche Investitionen zu ermöglichen. Dieser Ansatz ist ökonomisch falsch und gefährdet den Wohlstand Deutschlands. Tatsächlich wäre ein kreditfinanziertes öffentliches Investitionsprogramm bei höheren Verteidigungserfordernissen sogar noch wichtiger als ohnehin schon, weil es für die Zukunft mehr ökonomische Spielräume schafft.

Spätestens seit den Reden des US-Verteidigungsministers Pete Hegseth bei der NATO in Brüssel und des US-Vizepräsidenten JD Vance auf der Münchener Sicherheitskonferenz ist klar: Deutschland und Europa werden sich nicht wie in der Vergangenheit darauf verlassen können, dass die USA bei einem Angriff auf die EU-Staaten Unterstützung bei der

Verteidigung leisten würde. Die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten werden sich deshalb darauf einstellen müssen, zumindest im Prinzip die Außengrenzen der EU alleine verteidigen zu können.

Deutschlands Verteidigungsausgaben sind für diese Herausforderungen bislang unzulänglich. Über Jahre lagen die Ausgaben lediglich bei knapp einem Prozent des Bruttoinlandsprodukts, obwohl man sich auf NATO-Ebene auf ein Ausgabenziel von zwei Prozent geeinigt hatte. Elementare Aspekte der Landesverteidigung wurden vernachlässigt, wie etwa der Aufbau einer funktionierenden Luftverteidigung oder die Beschaffung ausreichender Munition für einen Verteidigungsfall. Es ist deshalb weitgehend Konsens, dass Deutschland künftig mehr

für die Verteidigung aufwenden werden muss.¹

Grundsätzlich lässt sich eine gewisse Kreditfinanzierung der notwendigen Erhöhung der Verteidigungsausgaben rechtfertigen. Die nun notwendig gewordenen Ausgaben sind Ergebnis jahrzehntelanger Unterinvestitionen in die Verteidigung und dürften auch künftigen Generationen zugutekommen. Zudem ist zu erwarten, dass nach einer Neuausstattung der Streitkräfte der Unterhalt der Landesverteidigung nach einer Übergangszeit wieder etwas niedrigere jährliche Verteidigungsausgaben erfordert. Vor diesen Überlegungen wäre es nicht angemessen, alle kurzfristig zusätzlichen erforderlichen Ausgaben durch aktuelle Steuererhöhungen oder Kürzungen bei konsumtiven Ausgaben zu finanzieren. Stattdessen kann auch der vorhandene Spielraum für Kreditfinanzierung genutzt werden.

Allerdings zeichnet sich die Gefahr ab, dass über die Kreditfinanzierung höherer Verteidigungsausgabe andere, volkswirtschaftlich und gesellschaftlich mindestens ebenso zentrale Zukunftsausgaben etwa zur Modernisierung der Infrastruktur ins Hintertreffen geraten. So wurde nach den Bundestagswahlen am 23.2.2025 die Idee ins Gespräch gebracht, mit Mehrheiten des alten Bundestages vor Konstituierung des neu gewählten Parlaments noch schnell das Grundgesetz dahingehend zu ändern, dass mit einem neuen Sondervermögen Bundeswehr (beziehungsweise einer Aufstockung des 2022 geschaffenen Sondervermögens) eine zusätzliche Verschuldung für Verteidigungsausgaben von 200 Mrd. € ermöglicht wird. Zugleich wurde allerdings vom designierten Kanzler Friedrich Merz eine

zügige, grundlegende Reform der Schuldenbremse abgelehnt.

Seit Jahren wurde immer wieder darauf hingewiesen, dass Deutschland einen dramatischen Nachholbedarf bei öffentlichen Investitionen hat. Zusammen mit dem Institut der deutschen Wirtschaft etwa hat das IMK die zusätzlichen Bedarfe für eine Modernisierung des öffentlichen Kapitalstocks über die kommenden zehn Jahre auf 600 Mrd. € geschätzt (Dullien et al. 2024). Da diese Summen zum einen nicht realistisch durch Einsparungen in den laufenden öffentlichen Haushalten zu finanzieren sind, zugleich aber diese Investitionen künftig Wachstum und Steuereinnahmen generieren und künftigen Generationen zugutekämen, haben sich Dullien et al. (2024) für eine Kreditfinanzierung ausgesprochen und eine Reform der Schuldenbremse für diesen Zweck angemahnt.

Nun könnte man auf die Idee kommen, dass wegen der höheren (und vermeintlich drängenderen) Neuverschuldung für Verteidigungszwecke ökonomisch kein Verschuldungsspielraum mehr für öffentliche Investitionen vorhanden sei und deshalb zwar die Verschuldung für die Verteidigung in Ordnung sei, aber Ausweitung des Kreditspielraums in der Schuldenbremse für zusätzliche Investitionen eben nicht.

Diese Vorstellung ist bei genauer Betrachtung allerdings verfehlt: Auch bei einer zusätzlichen Verschuldung für die Bundeswehr von 200 Mrd. € wäre es ohne Probleme für die Schuldentragfähigkeit Deutschlands möglich, über die kommenden zehn Jahre zusätzlich auch die notwendigen 600 Mrd. € für öffentliche Investitionen über neue Kreditaufnahme zu finanzieren. Paetz/Watzka

¹ Wie alle staatlichen Ausgaben sollten aber natürlich Verteidigungsausgaben sachlich gut begründet sein. So sollten Bedarfe anhand von Verteidigungsfähigkeiten

definiert werden und nicht pauschal als Anteil des Bruttoinlandsprodukts.

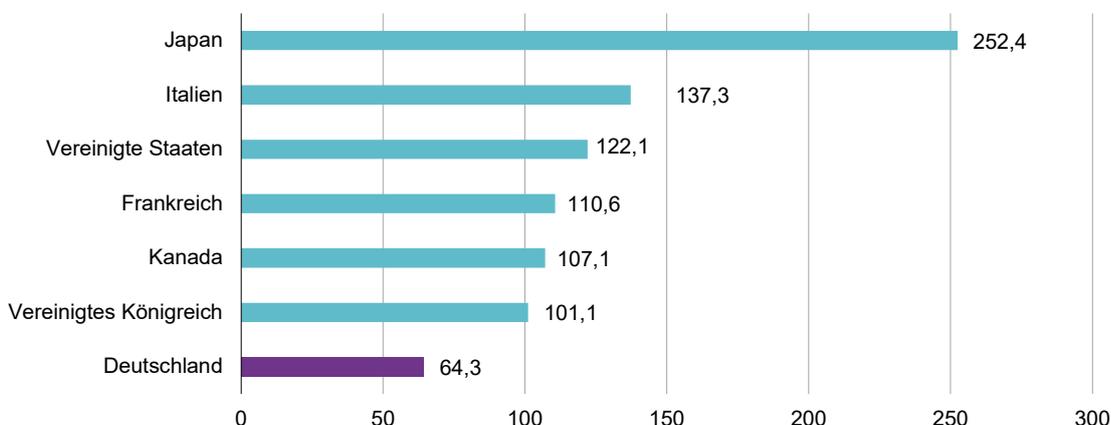
(2025) haben in einer Simulation mit dem weit verbreiteten makroökonomischen Modell NiGEM gezeigt, dass auch bei einer zusätzlichen Kreditaufnahme für ein Investitionsprogramm im Umfang von 600 Mrd. € über die kommenden zehn Jahre die Schuldenquote Deutschlands kontinuierlich weiter fallen würde und auch kurzfristig die aktuellen Werte von knapp über 60 Prozent nicht überschreiten würde. Eine darüber hinaus gehende zusätzliche Kreditaufnahme von 200 Mrd. € für Verteidigung würde nun zwar für das Jahr 2035 (nach Verausgabung der Gesamtsummen) die Schuldenquote um etwa 3,5 Prozentpunkte erhöhen, diese bliebe aber noch weiter deutlich unter 70 Prozent und weit unter dem, was in den anderen Ländern der G7-Gruppe wichtiger Industrieländer üblich ist (Abbildung 1).

Tatsächlich erleichtert ein solches kreditfinanziertes Investitionsprogramm sogar die Finanzierung von Verteidigungsausgaben. Für die Verteidigungsfähigkeit Deutschlands ist letztlich zentral, wie viele Panzer, Truppentransporter, Flugzeuge, Luftverteidigungsanlagen und letztlich Soldaten das Land bereithalten kann. Das wiederum hängt von den Staatseinnahmen und damit der

deutschen Wirtschaftsleistung ab. Wie die Simulationen von Paetz/Watzka (2025) zeigen, erhöht ein kreditfinanziertes öffentliches Investitionsprogramm mittelfristig ganz massiv das potenzielle Output und die Wirtschaftsleistung in Deutschland – und damit den Spielraum, mehr Verteidigungsausgaben zu tätigen, ohne an anderer Stelle kürzen zu müssen.

In einem konservativen Szenario ergibt sich bis 2045 durch das Investitionsprogramm ein kumulierter Zuwachs des Bruttoinlandsprodukts (in konstanten Preisen) um rund 2130 Mrd. €, in einem realistischen Szenario sogar um gut 4750 Mrd. €. Bei einer Steuer- und Abgabenquote von knapp 50 Prozent ergeben sich so für die öffentliche Hand zusätzliche Einnahmen von gut 1000 Mrd. € nach konservativer Schätzung oder mehr als 2300 Mrd. € im realistischen Szenario. Oder anders ausgedrückt: Selbst nach konservativer Schätzung ergäben sich etwa fünfmal so viele zusätzliche Staatseinnahmen wie heute für ein neues Sondervermögen Bundeswehr diskutiert werden, im realistischen Szenario mehr als elfmal so viele Einnahmen.

Abbildung 1: Staatsverschuldung in % des BIP, 2023



Quelle: Destatis.

Wie relevant eine solche Summe ist, zeigt sich an einem kleinen Rechenbeispiel: Derzeit wird der Bestand russischer Panzer auf etwa 3000 geschätzt (Giesel 2024) und der Bedarf zur Verteidigung des Baltikums gegen einen russischen Angriff auf 1400 Panzer (Burikov/Wolff 2025). Ein neuer deutscher Kampfpanzer Leopard II hat zuletzt 28 Mio. € gekostet (Burikov/Wolff 2025), Mit 1000 Mrd. € zusätzlichen Staatseinnahmen könnte man fast 36,000 neue Leopard II kaufen (tatsächlich wahrscheinlich deutlich mehr, weil sich bei solchen Großbestellungen Skaleneffekte realisieren lassen sollten).

Die öffentliche Investitionsoffensive ist auch wichtig für die Frage, wie die deutsche Wirtschaft eine – ebenfalls diskutierte Wiedereinführung der Wehrpflicht – verkraften könnte. Angesichts des sich abzeichnenden Rückgang des Arbeitskräftepotenzials und möglichen Fachkräftemangels könnte die Wehrpflicht zu verschärftem Arbeitskräftemangel führen. Da eine Modernisierung der Infrastruktur die Produktivität der Beschäftigten in der Wirtschaft insgesamt erhöht, könnte der höhere Personalbedarf der Bundeswehr durch eine Wehrpflicht besser verkraftet werden.

Kurz: Wenn man es ernst meint mit der Verteidigungsfähigkeit Deutschlands, dann sollte zwingend der Aufwuchs der Verteidigungsausgaben auch mit einer – ohnehin lange notwendigen – kreditfinanzierten öffentlichen Investitionsoffensive einhergehen. Eine Beschränkung eines größeren Verschuldungsspielraums nur für die Verteidigung würde langfristig die Verteidigungsfähigkeit des Landes schwächen und zudem – im Vergleich zu einer Lösung mit Investitionsprogramm – den Wohlstand künftiger Generationen schmälern.

Natürlich gibt es dabei Grenzen für die Staatsverschuldung. Für die Sicherung

der Schuldentragfähigkeit muss die gesamte Neuverschuldung und ihre Wirkung auf die Schuldenquote betrachtet werden – aber dabei eben auch die mittel- und langfristigen positiven Effekte auf das Produktionspotenzial.

Literatur

Burikov, A. / Wolff, G. B. (2025): Defending Europe without the US: first estimates of what is needed, Bruegel.

Dullien, S. / Gerards Iglesias, S. / Hüther, M. / Rietzler, K. (2024): Herausforderungen für die Schuldenbremse. Investitionsbedarfe in der Infrastruktur und für die Transformation. IMK Policy Brief Nr. 168.

Giesel, J. (2024): Wann gehen Putin die Panzer aus? Frankfurter Allgemeine Zeitung, 28.10.2024.

Paetz, C. / Watzka, S. (2025): Wachstumseffekte eines kreditfinanzierten Investitionsprogramms. Simulationsergebnisse für Deutschland mit dem makroökonomischen NiGEM-Modell - ein Update. IMK Policy Brief Nr. 185, Düsseldorf.

Autorenkontakt

Prof. Dr. Sebastian Dullien
Wissenschaftlicher Direktor des IMK
sebastian-dullien@boeckler.de

Impressum



Herausgeber:

Institut für Makroökonomie und Konjunkturforschung (IMK) der Hans-Böckler-Stiftung
Georg-Glock-Straße 18
40474 Düsseldorf
Telefon +49 211 7778-312
imk-publikationen@boeckler.de

Pressekontakt: Rainer Jung

Telefon +49 211 7778-150

Der IMK Kommentar ist als unregelmäßig erscheinende Online-Publikation erhältlich über <https://www.imk-boeckler.de/de/imk-kommentar-29977.htm>

ISSN 2702-9786

Folgen Sie uns auf Twitter:

<http://twitter.com/IMKFlash>

IMK auf Facebook:

<https://www.facebook.com/IMKInstitut>

Dieses Werk ist lizenziert unter einer Creative Commons Namensnennung 4.0 International Lizenz (BY).

